



# Das Reichsbanner

Nr. 4

25. Jahrgang

Dezember 1981

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

## WEHRHAFTHE DEMOKRATIE

DER EINZIGE BUND AKTIVER DEMOKRATEN, DER IN FREIHEITLICHER-DEMOKRATISCHER TRADITION SEIT 1924 STEHT UND DAMALS WIE HEUTE ANGEHÖRIGE ALLER STAATSTRAGENDEN PARTEIEN UND PARTEIUNABHÄNGIGE BÜRGER UMFABT, NAHM AUF GRUND EIGENER ERFAHRUNGEN, DIE FÜR VIELE IM NAZI-KZ ENDETEN, STELLUNG ZU DER BESORGNISERREGENDEN ENTWICKLUNG, DIE UNSERE DEMOKRATIE GEFÄHRDET.

DIE TERRORISTISCHEN AUSWÜCHSE BIS HIN ZU KRIMINELLEN AKTIONEN BEI DEN AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE STARTBAHN WEST AM RHEIN-MAIN-FLUGHAFEN, UM DIE ENERGIEVERSORGUNG UND UM DIE ILLEGALEN HAUSBESITZUNGEN SIND UNÜBERSEHBAR WARNZEICHEN.

GESETZWIDRIGE HANDLUNGEN KÖNNEN NIE ALS FRIEDLICH BEZEICHNET WERDEN. DAS DEMONSTRATIONSRECHT HAT FESTE GRENZEN ! IN EINEM DEMOKRATISCHEN STAAT KANN ES NUR DIE STAATSGEWALT GEBEN, DIE DURCH DIE VOM VOLKE GEWÄHLTEN ABGEORDNETEN LEGITIMIERT WIRD. DER EINZELNE BÜRGER ERWARTET VON DER POLIZEI PERSÖNLICHEN SCHUTZ UND DAMIT AUCH DEN SCHUTZ DES GESAMTEN STAATSWESENS.

DIE SCHWEIGENDE MEHRHEIT DES VOLKES STEHT ZWEIFELSOHNE HINTER DER POLIZEI. DAS IN DER VERFASSUNG VERANKERTE WIDERSTANDSRECHT KANN NIE GEGEN DEMOKRATISCHE ENTSCHEIDUNGEN IN ANSPRUCH GENOMMEN WERDEN!

VON DER JUSTIZ MUß ERWARTET WERDEN, DAB SIE DIE GESETZLICHEN MÖGLICHKEITEN IN DER BEURTEILUNG VON GESETZWIDRIGKEITEN VOLL AUSSCHÖPFT, DENN LAUE URTEILE FÜHREN ZUR VERUNSICHERUNG DER POLIZEI WIE AUCH DER BEVÖLKERUNG. DIE URSACHEN DIESER VERUNSICHERUNG HABEN INZWISCHEN AUCH ZU EINER ZUNAHME NEONAZISTISCHER HANDLUNGEN GEFÜHRT.

VON DEN MEDIEN WIRD GEFORDERT, DAB SIE NICHT NUR SENSATIONEN NACHGEHEN ODER GAR GEWALTTÄTER IN SCHUTZ NEHMEN, SONDERN DIE STIMMUNG DER MEHRHEIT DES VOLKES WIEDERGEHEN !

JEDER BÜRGER IN UNSEREM STAATE MUß VOR FURCHTERZEUGUNG GESCHÜTZT WERDEN, DENN FURCHT LÄHMT AUCH EINE FREIHEITLICHE DEMOKRATIE !

(Entschliebung auf der zweitägigen Klausurtagung des erweiterten Bundesvorstandes des REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD, Bund aktiver Demokraten e.V., am 7./8. November 1981 in Bad Homburg v.d.H.)

# GRENZEN DER FREIHEIT

Wir haben heute auf der einen Seite eine Anspruchsgesellschaft, in der das Wort "VERDIENEN" groß- und das Wort "DIENEN" kleingeschrieben werden. Wir sehen auf der anderen Seite in gewissen Kreisen der Jugend die Tendenz zur Leistungsverweigerung, zum Aussteigen aus der schwierigen Leistungsgesellschaft. Wir sind schließlich weniger eine mündige Gesellschaft als eine vielmündige Gesellschaft - eine Konfliktgesellschaft geworden. Die Unvermeidbarkeit gegensätzlicher Auffassungen darf aber nicht als eine Art permanenten und latenten Bürgerkriegszustandes aufgefaßt werden. Sie ist im Gegensatz eine Quelle fruchtbarer Spannungen. Damit sie aber auch als solche sprudelt, bedarf es als Gegenpol des Konflikts der Übereinstimmung darin, daß wir bei aller Wahrung der freiheitlichen Lebensform doch auch um die Grenzen der Freiheit wissen.

## FREIHEIT DES INDIVIDUUMS

bedingt auch das Bewußtsein seiner Pflicht, an das Wohl der Gemeinschaft zu denken, um die Weisheit des Kompromisses zu wissen und die Entscheidung der Mehrheit zu respektieren. Freiheit und Bindung, das bedeutet aber auch die Autorität des demokratischen Staates anzuerkennen, seine Gesetze zu achten und seine Ordnungsgewalt zu bejahen.

## L A W and O R D E R -

in den diktatorischen Staaten eine angemäÙte und willkürliche Gewaltinanspruchnahme - ist im demokratischen Staat eben die Garantie für die Wirksamkeit demokratisch gesetzten Rechts. Falsche Duldsamkeit schafft falsche Vorstellungen über die Grenzen des Erlaubten.

## MITWIRKUNG DES BÜRGERS

Die politische Anteilnahme des Bürgers am gesellschaftlichen Geschehen im freien Staat besteht nicht nur darin, alle vier Jahre zur Wahl zu gehen. Die Mitwirkung des Bürgers ist eine permanente

Augabe, wie die zahlreichen Bürgerinitiativen beweisen, soweit sie nicht von Chaoten und Moskauhörigen angeführt werden. Oft sind sie auch Vertreter von Sonderinteressen, denen sehr wohl andere Interessen oder das Gemeinwohl entgegenstehen. So ist ihre Existenz und Wirksamkeit nur in Grenzen zu bejahen. Es dürfen durch sie nicht die parlamentarischen Spielregeln außer Kraft gesetzt und Legislative oder Exekutive aus Angst vor ihnen gelähmt werden.

Viele wollen bedient werden, aber nicht dienen. Dies ist die Problematik unserer modernen Gesellschaft. Bisher gültige Richtpunkte menschlichen Verhaltens sind in den Abfalleimer der Geschichte geraten. Mit der Anspruchsinflation, mit dem individuellen- oder Gruppenegoismus, mit dem reinen Wohlstandsdenken ist eine Gesellschaft entstanden, der vielfach moralische Fundamente fehlen.

WILLI BEUK , HAMBURG

DAS BESONDERE KENNZEICHEN  
VON KOMMUNISTEN

IST NICHT IHR MORALISCHES  
ENGAGEMENT FÜR SOZIALE  
GERECHTIGKEIT ,

SONDERN IHR MACHTWILLE !

- Richard Löwenthal -

## REICHSBANNER IM FERNSEHEN

Der Film über das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold unter dem Titel

## REPUBLIK WERDE HART

wird am 6. Februar 1982 um 21,15 Uhr im III. Programm des Hessischen Rundfunks ausgestrahlt.

Der gleiche Film war bereits im Frühjahr 1981 im III. Programm des Norddeutschen Rundfunks gelaufen.

Die üblich gewordene allgemeine Einteilung extremistischer Gruppen und von Feinden der Demokratie und der Republik in links- und rechtsextremistische Organisationen, Personen oder Taten birgt Gefahren in sich.

- 1. Die Gefahr von Hinneigungen zu der einen oder anderen Seite durch Bevölkerungsteile und
- 2. die Gefahr der "konkurrierenden Zahl", d.h. der gegenseitigen Aufrechnung, wer wohl der Gefährlichere sei - und
- 3. die Gefahr, dem Gedanken von gerechtem und ungerechtem Extremismus zu unterliegen.

Einer richtigen Beurteilung muß die Klarheit in den Begriffen vorausgehen. Zu oft werden Bedeutungen zu eigenen Zwecken auf den Kopf gestellt. In der nachfolgenden Darstellung handelt es sich um die Begriffe Nationalsozialismus und Faschismus, die vielfach im täglichen politischen Gebrauch leichtfertig angewandt werden. Gerade der Mißbrauch dieser Begriffe in politischen Auseinandersetzungen verhindert die Aufklärung über den gefährlichen Gehalt.

FASCHISMUS ist eine sozialrevolutionäre und nationalrevolutionäre politische Bewegung mit totalitären Zielen.. Der Faschismus ist anti-liberal, anti-demokratisch, vertritt eine anti-parlamentarische Tendenz und den Einparteienstaat.

Der NATIONALSOZIALISMUS kann ganz allgemein unter dem Gesamtbegriff Faschismus eingeordnet werden. Er hat aber ausschlaggebende Merkmale, die ihn von anderen Faschismen unterscheiden.

Der DEUTSCHE NATIONALSOZIALISMUS ist besonders geprägt vom Rassenkult mit der Verherrlichung einer Herrenrasse, der Judenverfolgung, der ideologischen Bekämpfung der Kirchen und der Betrachtung des Staates nur noch als Apparat in der Hand der Partei .

"ANTIFASCHISTISCHE FRONT "

Die Kommunisten haben von jeher alle antifaschistisch geneigten Gruppen und Personen unter dem Begriff "Antifaschistische Front" unter ihre Obheit und Leitung zu nehmen versucht. Bei der gleichzeitig erfolgten Methode, alle antikommunistisch Gesinnten als "faschistisch" zu bezeichnen bis hin zu der Nennung von Sozialdemokraten als "Sozialfaschisten", haben die Kommunisten erhebliche Gedankenverschiebungen und Begriffsverwirrungen erreicht.

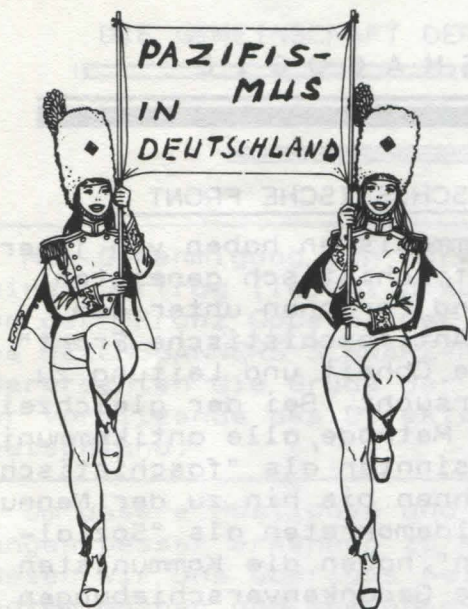
So erleben wir in der Bundesrepublik Pseudo-Antifaschisten, die einen geradezu einfältigen Beitrag zur "Ehrenrettung" von Hitler und der Nazizeit leisten. Im angeblichen Kampf um demokratische Rechte beschuldigen sie die Bundesrepublik, ihre Organe und ihre demokratischen Handlungen als "faschistoid", "faschistisch" oder "nazistisch", wodurch die Nazizeit geradezu - weil sie damit unserer freiheitlichen Ordnung jetzt ebenbürtig erscheint - als ordentliche Demokratie und als Rechtsstaat angesehen werden muß .

In einer VVN-Broschüre ist zu lesen, daß heute in der Bundesrepublik in den Schulen genau so unterdrückt würde wie in der Nazizeit. In einer anderen VVN-Broschüre wird von einer Hetze in der Bundesrepublik geschrieben, die sich gegen alle richten würde , die nicht antikommunistisch sind, vor allem gegen unbequeme Intellektuelle und gegen linke Studentengruppen. Der Stellenwert der Hetze wäre heute genau derselbe wie "gestern" (Nazizeit) . In Wirklichkeit beherrschen linke Studentengruppen und linke Intellektuelle die meisten Universitäten und die Straßen !

Die "antifaschistische" Propaganda durch Kommunisten, die selbst menschenfeindliche Handlungen, Unterdrückungen und Terror vertreten, was ihr eigenes totalitäres System betrifft, dem sie verbunden sind, korrumpiert die Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit und neonazistischen Vorgängen in der Gegenwart.

DESHALB: UNTERSCHIEDSFREI GEGEN RECHTEN UND LINKEN EXTREMISMUS !

R.Becker, Offenbach



## OST

DU FRAGST: WAS IST  
 EIN PAZIFIST ?  
 DU MUßT VERSUCHEN,  
 OHNE ZU FLUCHEN  
 UND UM DICH ZU SCHLAGEN,  
 ZEHNTAUSEND MÜCKEN  
 AUF NACKTEM RÜCKEN  
 ZU ERTRAGEN ...  
 UND WENN SIE DIR  
 ZWEI LITER BLUT ENTZOGEN  
 UND SIND UNBEHELLIGT  
 DAVONGEFLOGEN,  
 UND ZEHNTAUSEND NEUE  
 FALLEN ÜBER DICH HER,  
 UND DU SETZT DICH  
 IMMER NOCH NICHT ZUR WEHR,  
 UND ES FRAGT DICH EINER,  
 WER DU BIST,  
 DANN SAG GETROST:  
 EIN PAZIFIST .

(Entnommen aus: VOLKSARMEE,  
 Wochenzeitung der NVA,  
 Ost-Berlin, Nr. 28/1966 )

## WEST

POSTKARTE GENÜGT

## APPELL UM 23 UHR

Polen ist ein einziges Spannungsfeld. Die gebeutelte Nation sucht den Ausweg. Sie suchen alle, die Kommunisten als Partei, die Kommunisten als Armeebherrscher, die Arbeiter aus Sorge um die Versorgung und Menschenwürde, die Kirche aus Furcht vor einem Blutvergießen und ganz dicht auf den Fersen die Herrschaft aus Moskau, die um ihren umfassenden imperialen Bestand bangt.

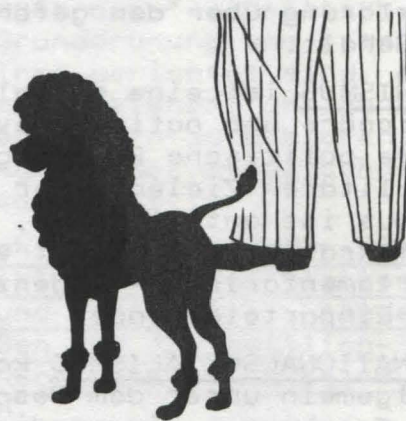
Aus dem Westen kommt die Beteuerung der Nichteinmischung und die Forderung an Moskau, das polnische Volk seine Probleme selbst lösen zu lassen.

Die Spannung in der Welt wächst. Die Nachrichten werden verfolgt wie ein Fortsetzungsroman. Hilfssendungen werden organisiert.

Da zeigt am 14. Dezember gegen 23 Uhr der Kommentator Dr. Hans-Jürgen ROSENBAUER in den Tagesthemen der ARD den Ausweg. Sein Aufruf, Polen müsse fest kommunistisch bleiben und unerschütterlich zu Moskau stehen, um das Gleichgewicht zu erhalten, war eine eindeutige Einmischung, eine willkommene!

In diesem Zusammenhang fällt mir ein treffendes altes russisches Sprichwort ein:

WER EINEN HUND HAT,  
 BRAUCHT NICHT SELBST ZU BELLEN !



Bei der Niederschrift dieser Zeilen kommt die Meldung, daß in Polen tausende Arbeiter der "Solidarität" verhaftet worden sind und eine Reihe Organisationen aufgelöst werden, alles zum Zwecke der Erhaltung kommunistischer Macht. Wegen dem Gleichgewicht à la Rosenbauer ?

R.O.Valerius



ALLE GUTEN WÜNSCHE FÜR DAS NEUE JAHR 1982  
 AN UNSERE KAMERADEN UND KAMERADINNEN UND  
 AN ALLE FREUNDE DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD



Folgende Bücher wurden bisher in unserem Organ "DAS REICHSBANNER" besprochen und können wie auch jedes andere Buch bei uns bestellt werden.

- Karl ROHE : "Das Reichsbanner" DM 58,00
- Georg LEBER : "Vom Frieden" DM 34,00
- Hubertus PRINZ ZU LÖWENSTEIN: "Deutsche Geschichte" DM 24,80
- Rolf VOGEL: "Ein Stück von uns" DM 32,00  
 (Deutsche Juden in deutschen Armeen)
- Joachim SCHULTZ-NAUMANN : " Die letzten 30 Tage " DM 29.80  
 (Kriegstagebuch OKW April/Mai 1945)
- Rolf VOGEL: " Das Echo - Widerhall auf Simon Wiesenthal" DM 19.80

---

 IN DER BUNDESREPUBLIK IN DER HEUTIGEN SITUATION
 

---

Mit Genehmigung von Herrn Werner N A C H M A N N bringen wir seinen Vortrag (leicht gekürzt), den er am 8.11.1981 in Frankfurt vor der "Franz Oppenheimer Gesellschaft" gehalten hat. Angehörige des REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD waren als Gäste anwesend und überbrachten die Grüße der Organisation. Herr Werner Nachmann ist der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland.

Die Redaktion

Um unsere Positionen und Gefährdungen besser erkennen zu können, müssen wir uns über uns selbst Gedanken machen und uns über das Selbstverständnis der Juden in Deutschland Rechenschaft ablegen. Eine der größten Schwierigkeiten besteht darin, daß viele von uns sich nicht klar darüber sind, ob sie richtig handelten, als sie in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehrten. Die gewählte Repräsentanz der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland hat sich bei verschiedenen Anlässen verbindlich dazu geäußert. Am 9.11.1978 habe ich in Anwesenheit des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers erklärt:

"Überlebende Juden hatten, trotz des noch immer unfaßbaren Geschehens, den Willen und die Bereitschaft, hier die Demokratie zu wagen und mitzuhelfen, damit die Würde des Menschen - jedes Menschen - wieder gelte. Heute ist vielfach vergessen, daß wir Juden damals mit diesem Wagnis ziemlich allein geblieben waren und in der Welt kaum Verständnis oder gar Zuspruch für diesen Schritt fanden. Auch hier im eigenen Land wurde diese Entscheidung nicht immer in ihrer ganzen Bedeutung anerkannt. Unser Wagnis war - so hoffe ich heute sagen zu können - nicht umsonst. Mit Genugtuung und nicht ohne Stolz registrieren wir, daß unsere Präsenz und unsere Mitarbeit in Deutschland und unsere Tätigkeit als Botschafter ohne Auftrag im Ausland auch dazu beigetragen haben, das Mißtrauen gegen Deutschland und die junge deutsche Demokratie abzubauen und die durch Erfahrung begründete Furcht in Zutrauen umzuwandeln."

#### AUS ERFAHRUNG LERNEN !

Viele ältere Menschen machen sich heute den Vorwurf und klagen sich selbst an, daß sie in Deutschland Anfang der 30er Jahre zu blind, zu taub und zu vertrauensselig gewesen sind. Diesen Fehler dürfen wir nicht wiederholen. Auch darum nehmen wir unser Wächteramt ernst, das uns durch eine leidvolle Geschichte auferlegt ist. Nur sollten wir uns darüber klar werden, ob wir es als Durchreisende tun, oder als Mitverantwortliche, als Demokraten unter Demokraten, als Verfechter der in der Verfassung garantierten unveränderlichen Grundrechte, als Mahner, die sich nicht scheuen, selbst Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir jedoch zu dieser schwierigen Rolle bereit sind, sollten wir daraus nicht ableiten, alle Speerspitzen, die gegen die Demokratie und gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung von extrem rechts und links gerichtet sind, exklusiv auf uns zu ziehen, uns zu den ausgewählten Opfern zu erklären, obwohl der Angriff der Gesellschaftsordnung insgesamt gilt.

Nicht wir, die Juden, sind primär das Ziel linker und rechter Extremisten und Terroristen, sondern erklärtermaßen der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat und seine Repräsentanten.

Unsere Aufgabe besteht darin, auf die von uns erkannten Gefahren hinzuweisen. Die Aufgabe der Staatsorgane ist es, das demokratische System zu sichern und seine Bürger zu schützen.

Selbstverständlich machen wir uns darüber Gedanken, was in diesem Land zur Zeit vor sich geht, warum gerade unter der Jugend so viel Mißtrauen, Unbehagen und Feindseligkeit gegenüber dem Staat herrschen. Auch wir suchen nach den Ursachen der Gewalt. Auch wir

fragen, was in den Köpfen junger Leute vor sich geht, die Hitler verherrlichen und sich fanatisch zum nationalsozialistischen Gedanken gut bekennen. Diese Entwicklung ist Anlaß genug für ernste Besorgnisse in jüdischen Kreisen.

Doch in weit größerem Ausmaße müssen die Regierungen im Bund und in den Ländern sich erregen. Die politischen Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen, jene Gruppierungen also, die ihr Versagen beim Entstehen des Nationalsozialismus und während seiner Herrschaft seit Jahren immer wieder öffentlich bekannt haben, sind inbegriffen und müssen diesen Staat verteidigen.

Wir wären schlecht beraten, wenn wir - eine Minderheit - die Rolle all der großen Organisationen übernehmen wollten. Dadurch könnte sehr schnell der Eindruck entstehen, wir seien daran interessiert, an Stelle der Verantwortlichen im Staat und in der Gesellschaft zu agieren. Wir würden damit auch die billige Entschuldigung nahe legen, daß Unruhe und Terror wohl zurückgingen und verschwinden würden, wenn es keine Juden hierzulande gäbe. Selbst wenn die Angriffe gegen den Staat mit dem Etikett Antisemitismus versehen werden, müssen wir die Repräsentanten des Staates daran erinnern, daß sie es sind, die getroffen werden. Es sind ihre Dämme, zum Schutz der Menschlichkeit, der Toleranz und der Menschenwürde gebaut, die Risse zeigen. Es sind auch unsere Dämme. Aber sie sind nicht nur und schon gar nicht primär unseretwegen gebaut, sondern für alle !

VERANTWORTUNG FÜR ISRAEL

Auch wenn wir, ungeachtet der jeweiligen Bewertung der israelischen Politik, keinen direkten Einfluß ausüben können, sind wir mit der Entwicklung des Landes eng verbunden. Wir tragen eine Verantwortung mit, ohne verantwortlich zu sein. Wir nehmen Missionen wahr, ohne beauftragt zu sein. Dies steht nicht im Gegensatz zu der Feststellung, daß wir Bürger dieser Bundesrepublik Deutschland sind. Für viele von uns vielleicht nicht so selbstverständlich, wie amerikanische Juden amerikanische Staatsbürger sind.

Zwar kam keiner von uns ohne Bedenken hierher zurück, aber wir kamen aus freien Stücken. Wir bejahen die Verfassung und wir sind uns bewußt, daß wir hier als gleichberechtigte Bürger leben können. Wir werden gefragt und gehört. Unsere Synagogen werden, wann immer wir es wünschen, geschützt. Unsere persönliche Sicherheit ist nicht bedrohter als die vieler anderer. Vermutlich müßten wir uns in diesem Sinn deutlicher aussprechen, damit auch unsere Umwelt in der Bundesrepublik erfaßt, daß wir neben unseren verständlichen engen Beziehungen zu den Menschen und zu dem Land Israel Bürger dieser Bundesrepublik sind.

BEWÄLTIGUNG DER VERGANGENHEIT

Wir können nicht übersehen, daß Nationalsozialismus und Holocaust heute bereits für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr erlebte, sondern nur noch nachlesbare Geschichte sind. Schuld und Scham werden sich wandeln. Selbst wenn es gelingen würde, die Kenntnisse über den Holocaust der heutigen jungen Generation breit zu vermitteln, wäre die Aufnahme abstrakt. Vielleicht würde ein Teil verwundert, möglicherweise auch beschämt die Epoche der Barbarei registrieren. Doch wenn er es tut, dann vermutlich ohne Bezug auf die eigene Person. Andere werden mit wachsender Distanz zum Geschehen die Konturen verwischen, sie werden im weiten Rückblick die Brutalität und den organisierten Massenmord nur noch unscharf erkennen. .... Uns bleibt die Pflicht, den systematischen Mord in den Konzentrationslagern bei den Nachkommen der Mörder wie der Gemordeten wach zu halten und unaufhörlich bohrend nach den Ursachen dieser Barbarei zu fragen. Doch blieben wir dabei allein, wäre unser Unterfangen wirkungslos.

WIR BENÖTIGEN PARTNER, die gleich aufmerksam und besorgt wie wir, das gleiche Ziel verfolgen, nämlich: die politischen Parteien, die Bundesregierung, die Ministerpräsidenten und Kultusminister der Länder, die Lehrer, die Pfarrer, die Jugendverbände und viele andere. Doch dabei sollten wir erkennen, daß wir nicht die Lehrmeister sind, die es besser wissen, weil sie im Leid geprüfter sind.

## JUGEND UND ZUKUNFT

Die Jugend in fast allen europäischen Staaten ist unruhig und orientierungslos. Mit dieser gleichsam internationalen Orientierungslosigkeit geht ein neuer Nationalismus einher, den wir noch vor Jahren in der Euphorie über eine europäische Einheit für unmöglich hielten. Die Toleranz und der Respekt vor dem anderen schwinden - hier wie anderswo. Zuweilen muß man den verzweifelten Eindruck gewinnen, daß die junge Generation nicht einmal von der Ahnung gestreift ist, wie eng der organisierte Massenmord mit der moralischen Abwertung des anderen zusammenhängt und ihn wesentlich verursacht hat.

Niemand kann sich mit Bedauern über diese überall offen zutage tretenden Zustände zufrieden geben. Wir können uns auch nicht mit einer lauten Klage über diese Jugend rechtfertigen. Wir müssen zunächst unser eigenes Versagen erforschen.

Findet vielleicht die junge Generation deshalb keinen Lebenssinn und ist ohne Zuversicht, weil wir beides nicht vermittelt haben ?

Haben wir es ihnen deshalb nicht vermittelt, weil wir nach einer scharfen Selbstprüfung zu der Erkenntnis gelangen müssen, daß wir uns mit dem Sinn für unsere Existenz und mit der Zuversicht selbst schwer tun ?

Haben die politischen Parteien vor allem der nachfolgenden Generation ein nationales Bewußtsein so vermiest, daß sie es gar nicht mehr akzeptieren oder aufnehmen wollen? Gilt das, was wir generalisierend fragen, nicht auch speziell für die junge jüdische Generation ?

Solange wir diese Fragen nicht laut an uns selbst stellen, werden wir kaum die Sprache finden, die von unseren Kindern und Enkeln verstanden wird. Es genügt nicht, nur rückwärts gewendet ständig zu erinnern und zu mahnen. Wir müssen verdeutlichen, daß das Wachhalten der Vergangenheit in sorgendem Blick auf die Zukunft geschieht.

Werben auch Sie für uns !  
Benutzen Sie die beiliegende  
Werbeantwortkarte -  
auch für Buchbestellungen

## GEFAHR IN DER ÜBERHEBLICHKEIT

Parallel zu den schwer definierbaren, emotionsbestimmten Strömungen innerhalb der jungen Generation hat sich eine nationale Selbstherrlichkeit entwickelt, die oft genug an nationale Arroganz heranreicht.

Wir sprechen keinem den Friedenswillen ab, solange er uns nicht vom Gegenteil überzeugt. Doch werden wir stutzig, wenn Bürger dieses Landes sich zu Lehrmeistern der übrigen Welt aufschwingen und nach West und Ost Ratschläge erteilen, wie man den Frieden sicherer machen kann. Daß solche Thesen gerade bei jungen Menschen Anklang finden, ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Kenntnis deutscher Geschichte vielleicht noch bis zum ersten Weltkrieg reicht. Was danach kam, wird offensichtlich nicht gelehrt und daher auch nicht gewußt.

**UNKENNTNIS, ERFAHRUNGSLOSIGKEIT UND GEISTIGE LABILITÄT SIND EIN GEFÄHRLICHER NÄHRBODEN !**

Mit der Ablehnung autoritärer Staats- und Lebensformen hat man anscheinend auch die persönliche und geistige Autorität abgeschafft. Aber diejenigen, die mit der Autorität bedacht wurden, haben versäumt, oder willig darauf verzichtet, sie wahrzunehmen. Das dadurch entstandene Vakuum wird jetzt gefüllt.

Wir alle werden uns des Mangels und des Verlustes bewußt und sehen die daraus erwachsenden Gefahren. Wir sollten darüber nicht lamentieren, sondern gemeinsam handeln !

Das Reichsbanner, Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold/Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin. Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWW).

Nr. 4 - Dez. 1981 - 25. Jahrgang - erscheint seit 1924

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, Reineckstr. 7, 6000 Frankfurt 1, Postfach 4007, Ruf (06193) 897 39

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft, Kto.-Nr. 10077651  
Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 51115-600

Verantwortlich: Robert Becker, Offenbach - Helmut Esser, Rüsselsheim. - Siegfried Keiling, Bad Homburg - Fritz König, Frankfurt - Hubertus Prinz zu Löwenstein, Bonn - Georg Prinz, Diedenbergen

Gerichtsstand und Erfüllungsort Frankfurt/Main.

Die unter Verfasseramen oder Kurzzeichen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar und unterliegen allein der Verantwortung der Verfasser.